

Grundsätze für die Aufstellung und Bewirtschaftung des Haushaltsplans des Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. (DGUV)

Stand: 26.01.2018

§ 1 Präambel

Der Haushaltsplan dient der Feststellung des Finanzbedarfs, der zur Erfüllung der Aufgaben des Verbandes im Haushaltsjahr voraussichtlich notwendig ist.

Der Haushaltsplan ist die Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung.

§ 2 Wirkung des Haushaltsplans

Der Haushaltsplan ermächtigt die Verwaltung, Ausgaben zu leisten, Verpflichtungen einzugehen und Einnahmen zu erzielen. Durch den Haushaltsplan werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.

§ 3 Haushaltsjahr

- (1) Das Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr (Geschäftsjahr). Für jedes Haushaltsjahr ist rechtzeitig ein Haushaltsplan aufzustellen und zu beschließen.
- (2) Kann ein Haushaltsplan erst nach Beginn des Haushaltsjahres festgestellt werden, dürfen unvermeidbare Ausgaben geleistet werden.

§ 4 Zuständigkeiten

- (1) Der Hauptgeschäftsführer erstellt den Entwurf des Haushaltsplans
- (2) Der Haushaltsplan wird vom Vorstand gem. § 10 Buchstabe i der Satzung und nach Vorerörterung im Hauptausschuss aufgestellt und von der Mitgliederversammlung gem. § 8 Buchstabe b der Satzung auf Empfehlung des Finanzausschusses festgestellt.

§ 5 Vollständigkeit

- (1) Der Haushaltsplan umfasst sämtliche umlagewirksamen Ausgaben und Einnahmen eines Geschäftsjahres, soweit die Mitgliederversammlung nichts Abweichendes beschließt.
- (2) Ausgaben und Einnahmen sind grundsätzlich ohne den Abzug von Erstattungen mit Ausnahme von Rabatten und Skonti zu veranschlagen. Bezogen auf die Umsatzsteuer sind Einnahmen netto und Ausgaben zuzüglich der nicht abziehbaren Vorsteuer zu veranschlagen.

- (3) Mehrjährige Projekte werden nach ihrer Beendigung mit dem Saldo in den Haushalt überführt.

§ 6 Verpflichtungsermächtigungen

- (1) Verpflichtungsermächtigungen (Maßnahmen, die zu Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren verpflichten) sind nur zulässig, wenn der Haushaltsplan dazu ermächtigt. Ausnahmen bedürfen der Einwilligung des Vorstandes. Zur Abbildung von mehrjährige Verpflichtungen wird in der Haushaltsplanung eine mittelfristige Projektion der Ausgaben- und Einnahmenentwicklung dargestellt und erläutert.
- (2) Verpflichtungen für laufende Geschäfte dürfen eingegangen werden, ohne dass die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen. Einer Verpflichtungsermächtigung bedarf es auch dann nicht, wenn zu Lasten übertragbarer Ausgaben Verpflichtungen eingegangen werden, die im folgenden Haushaltsjahr zu Ausgaben führen.
- (3) Einer Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen bedarf es insbesondere nicht
 1. für das Eingehen von Verpflichtungen zur Leistung von Personalausgaben
 2. für den Abschluss von Tarifverträgen sowie Verträgen über die kassenärztliche Versorgung
 3. für die Übernahme von Hypotheken, Grund- und Rentenschulden unter Anrechnung von Grundstücken

§ 7 Vorläufige Haushaltsführung

- (1) Soweit der Haushaltsplan zu Beginn des Haushaltsjahrs noch nicht in Kraft getreten ist, ist der Vorstand ermächtigt zuzulassen, dass die DGUV die Ausgaben leistet, die unvermeidbar sind,
 1. um seine rechtlich begründeten Verpflichtungen und Aufgaben zu erfüllen,
 2. um Bauten und Beschaffungen fortzusetzen, sofern durch den Haushalt eines Vorjahrs bereits Beträge bewilligt worden sind.

§ 8 Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

Das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist bei der Veranschlagung und der Bewirtschaftung des Haushaltsplans zu beachten.

§ 9 Gliederung und Budgetierung

- (1) Der Haushaltsplan entspricht in der Gliederung dem Organigramm des Verbandes.
- (2) Der Haushalt wird grundsätzlich entsprechend dieser Gliederung in (derzeit) drei Budgets aufgestellt. Sie können in Teilbudgets untergliedert werden, die in der Regel den Abteilungen entsprechen.

§ 10 Deckungsfähigkeiten

- (1) Alle Einnahmen dienen als Deckungsmittel für alle Ausgaben. Auf die Verwendung für bestimmte Zwecke dürfen Einnahmen beschränkt werden, soweit dies durch Gesetz vorgeschrieben oder im Haushaltsplan zugelassen ist.

- (2) Weiterhin ist zu unterscheiden zwischen einseitig und gegenseitig deckungsfähigen Ausgaben. Einseitig deckungsfähig sind die Kontengruppen 70/71 Persönliche Verwaltungskosten in Richtung der Kontengruppen 72 Allgemeine Sachkosten der Verwaltung, 73 Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke, Gebäude, technischen Anlagen und der beweglichen Einrichtung, 75 Vergütung an andere für Verwaltungsarbeiten, 76 Verfahrenskosten, 79 Fusionsbedingte Mehrkosten, 67 Zuführungen zu den Vermögen, 69 Sonstige Aufwendungen und die Kontenarten und 630 Aufwendung aus Vermögensaufwendungen der Betriebsmittel.
- (3) Gegenseitig deckungsfähig sind die Kontengruppen 70 und 71 Persönliche Verwaltungskosten. Ebenfalls gegenseitig deckungsfähig sind die Kontengruppen 72 Allgemeine Sachkosten der Verwaltung, 73 Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke, Gebäude, technischen Anlagen und der beweglichen Einrichtung, 75 Vergütung an andere für Verwaltungsarbeiten, 76 Verfahrenskosten 67 Zuführungen zu den Vermögen, 69 Sonstige Aufwendungen und die Kontenarten, 630 Aufwendung aus Vermögensaufwendungen der Betriebsmittel und 703 übrige Entgelte.
- (4) Darüber hinaus können im Haushaltsplan Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen jeweils für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig erklärt werden, wenn ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung gefördert wird.

§ 11 Übertragungen und Vorgriffe, Nachtragshaushalt

- (1) Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben sowie Maßnahmen, die zu Verpflichtungen über den Haushaltsplan des DGUV e.V. hinausführen, sind zu vermeiden. Sie bedürfen der Genehmigung durch den Vorstand und sind nur möglich, wenn ein unvorhergesehener und unabweisbarer Bedarf vorliegt, dadurch der Haushaltsplan nicht in wesentlichen Punkten verändert wird und die Ausgaben nicht von erheblicher finanzieller Bedeutung sind.
- (2) Ausgaben für Investitionen und Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen sind übertragbar. Andere Ausgaben können in der Jahresrechnung übertragen werden, wenn dies ihre wirtschaftliche und sparsame Verwendung fördert. Dies gilt insbesondere für bereits empfangene aber noch nicht in Rechnung gestellte Waren und Leistungen bzw. bereits in Auftrag gegebene aber noch nicht erhaltene Waren und Leistungen sowie Leistungen, deren vollständige Erbringung oder Laufzeit sich aus nachvollziehbaren Gründen verzögert oder verlängert.
- (3) Willigt der Vorstand in überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben nach Absatz 1 nicht ein, ist für Nachträge ein Nachtragshaushaltsplan festzustellen. Auf ihn finden die Vorschriften für den Haushaltsplan und die vorläufige Haushaltsführung entsprechende Anwendung.

§ 12 Haushaltsabrechnung

Über die Ergebnisse der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel ist den Organen in geeigneter Form zu berichten.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Grundsätze sind erstmals für das Haushaltsjahr 2018 anzuwenden und ersetzen die bisher gültigen Fassungen.